



Für Charles Goerens gehören politische und persönliche Glaubwürdigkeit zusammen. Der Ex-Minister ist bereit, bei der Erneuerung der DP eine große Rolle zu spielen.

(Foto: Christian Mosar)

CHARLES GOERENS

"Kein Platz für drei Rechtsparteien"

woxx: Welche Bilanz ziehen Sie als Minister?

Charles Goerens: Als Kooperationsminister hatte ich Gelegenheit, ein paar Impulse zu geben. Mit einer Konjunktur, die für die Kooperation günstig war, konnte ich den ganzen Spielraum ausreizen. Unsere Informationskampagne, um Akzeptanz für die Entwicklungspolitik zu schaffen, war flächendeckend. Die Sensibilisierung muss jedoch permanent stattfinden.

Als Umweltminister ist es mir gemeinsam mit Eugène Berger gelungen, die alternativen Energien im Allgemeinen und die Photovoltaik im Besonderen aus ihrer ideologischen Ecke zu befreien. Wir haben das Naturschutzgesetz reformiert und versucht, eine Kultur des Kompromisses zwischen Ökonomie und Ökologie einzuführen. Größere Fortschritte hätte ich mir in punkto Koordinierung der Nachhaltigkeitspolitik gewünscht.

Das ist ja wohl gründlich gescheitert. Bei Kyoto sind Sie und die Umweltlobbys über den Tisch gezogen worden.

Das kann man so pauschal nicht sehen. Wir sind nicht über den Tisch gezogen worden. Es ist eigentlich eine Frage der Kohärenz. Wenn man mittelfristig nicht auf eine Milliarde Euro Einnahmen aus dem Tanktourismus verzichten möchte, dann kann man

nichts anderes erwarten als das, was wir in punkto nationalem Allokationsplan nach Brüssel geschickt haben.

Sie hatten immer gehofft, dass sich der Preis pro Tonne CO₂ abschreckend auswirken würde. Bei den Verhandlungen über den Luxemburger CO₂-Plan hat sich herausgestellt, dass Reduktionsmaßnahmen noch teurer sind.

Wir werden trotzdem nicht umhin kommen, manches neu zu beurteilen. Dazu gehört auch der Tanktourismus. Das geht aber nicht in kurzer Zeit, sondern erstreckt sich über zwei Jahrzehnte. Aber ich bin überzeugt, dass wir mit eigenen Mitteln die Kyoto-Ziele nicht erreichen können. An dieser Tatsache kommt niemand vorbei, auch nicht mein Nachfolger.

Sie sind jetzt seit 25 Jahren in der DP aktiv. Warum sind Sie Liberaler?

Warum eigentlich nicht? Ich bin Liberaler, weil ich mir von niemandem vorschreiben lasse, was ich zu tun habe. Persönliche Freiheit setzt jedoch auch persönliche Verantwortung voraus. Ich fühle mich in den 70er Jahren von der Demokratischen Partei angezogen. Leute wie Gaston Thorn haben mich überzeugt, dass die DP die bessere Wahl für mich war.

Sie haben sich häufig für das Prinzip der Solidarität stark gemacht, zum Bei-

spiel in der Kooperationspolitik. Was ist daran liberal?

In der Solidarität sehe ich eine Chance, dem Prinzip der Würde zum Durchbruch zu verhelfen. Wir können zum Beispiel nicht hinnehmen, dass in Afrika 30 Millionen Menschen an Aids sterben.

Und wo hört für einen Liberalen die Solidarität auf?

Wenn sie nicht mehr gebraucht wird und sich jemand aus eigener Kraft helfen kann. Dann soll er weniger Solidarität beanspruchen.

Traditionell führt die DP den Diskurs, dass weniger Staat besser sei. 1999 hat sie sich jedoch stark für die Staatsbeamten eingesetzt. Was ist eigentlich die liberale Haltung zu Staat und Staatsbeamten?

Wenn bestehendes Recht verletzt wird wie vor 1999 bei der Pensionsreform, dann sollte man eingreifen. Nicht wegen einer Berufsgruppe, sondern wegen der Verlet-

zung eines Prinzips. Grundsätzlich stellt sich die Frage, welchen Staat wir brauchen. Wenn das Gemeinwohl und bestimmte Freiheiten in Gefahr sind, brauchen wir notfalls einen starken Staat, um das zu verteidigen. Ein Staat, der regulierend eingreift. Er hat eine dienende Funktion. Als Selbstzweck lehnen wir ihn ab.

Zum Beispiel der Bereich Verkehrssicherheit: Eigentlich müsste es einen Liberalen stören, die Freiheit einschränkende Maßnahmen in die Wege zu leiten. Aber wenn das der einzige Weg ist, wenn die Freiheit versagt hat und wir Verkehrstote in einem nicht zu vertretenden Maß verzeichnen, muss der Staat irgendwie regulierend eingreifen. Wir sind demnach für einen intelligenten Umgang mit Vorschriften.

Wie bewerten Sie zurzeit die Rolle des Staates in der Luxemburger Wirtschaft? Die ist ja relativ groß.

Zur Person: Charles Goerens (52) ist seit 25 Jahren für die Demokratische Partei aktiv. Die Generation von Gaston Thorn hat den gelernten Landwirt aus dem Ösling zu den Liberalen gebracht. Der ehemalige Armee-, Kooperations- und Umweltminister spricht sich gegen die Wirtschaft als Selbstzweck aus. Stattdessen betrachtet er die DP als fortschrittliche Partei.

Mich stört das nicht, sofern der Staat sich um vernünftige wirtschaftliche Rahmenbedingungen bemüht.

Was halten Sie von der Forderung nach einer Verjüngung der DP nach der Wahlniederlage?

Ich kann mich dieser Forderung anschließen.

Das hieße aber auch, dass Ältere gehen sollen. Sie gehören ja auch nicht gerade zu den Jüngsten.

Ich betrachte mich mit meinen 52 Jahren und auch mit meinem Wahlergebnis nicht gerade als die größte Hypothek für die Partei. Ich bin noch nicht schrottreif.

Wie sehen Sie Ihre Rolle bei der Erneuerung der DP?

Wir brauchen in der Politik etwas mehr Sensibilität. Wir müssen die Hoffnungen verkörpern für alle Menschen, die Probleme, Ängste und Erwartungen haben. Das muss uns besser gelingen als es uns bei der letzten Wahl gelungen ist.

Welche politischen Akzente soll die DP künftig setzen?

Wir müssen die Globalisierung noch mehr thematisieren. Die Politik muss diesen Entwicklungen mehr Bedeutung beimessen, nicht mehr nur im engen regionalen oder nationalen Rahmen denken. Wir haben die Pflicht, zusammen mit anderen liberalen Parteien jene grenzüberschreitende Fragen zu artikulieren. Wir brauchen insgesamt mehr Kohärenz in der Politik.

Die DP wird oft als Interessenvertreterin der Wirtschaft gesehen. Und gerade sie sollen jetzt die Globalisierung thematisieren?

Wenn ich etwas ablehne, dann ist es der Wirtschaftsliberalismus im Sinne von Wirtschaft als Selbstzweck. Das lehne ich ab, der Wirtschaft als dienende Kraft stimme ich aber zu. Ihre Grenzen sind da erreicht, wenn Sie die dienende Funktion nicht mehr ausfüllt.

Ist diese Ablehnung des Wirtschaftsliberalismus denn Konsens in Ihrer Partei?

Sie werden keinen in der DP finden, der damit nicht einverstanden ist, dass Wirtschaft als Selbstzweck abzulehnen ist. Allerdings können wir den Tatbestand, dass es in Luxemburg etwa 10.000 Menschen gibt, die arbeitslos sind oder unter Existenzängsten leiden, einfach hinnehmen. Dabei hat die Wirtschaft eine dienende Funktion.

Gaston Thorn hat gesagt, die DP sei zu weit nach rechts gedriftet. Teilen Sie diese Analyse?

Wenn die Wahrnehmung der meisten Luxemburger dieselbe ist wie die von Gaston Thorn, dann haben wir ein Kommunikationsproblem. Im politischen Spektrum Luxemburgs gibt es keinen Platz für drei Rechtsparteien. Die DP sollte dafür Sorge tragen, dass sie nicht in der rechten Ecke gesehen wird. Ich glaube, wir teilen die Finalitäten aller Linkspar-

teien, auch wenn sich die Mittel unterscheiden.

Anders als Anfang der 70er Jahre scheint die DP aber den Anschluss an die emanzipatorische Bewegung etwas verloren zu haben. In der Frage um die Lex Greenpeace haben sogar die Jungliberalen Minister Frieden Schützenhilfe gewährt.

Das hat mich auch gestört. Dabei sollte man das Verhältnismäßigkeitsprinzip bemühen. Der Regelfall ist der, dass man einen Protest nicht ersticken soll. Auch nicht durch eine Lex Greenpeace.

Bei weltanschaulichen Fragen stand die DP in den vergangenen fünf Jahren häufig im Hintergrund.

Auch da hatten wir ein Kommunikationsproblem. Wir haben vielleicht ein wenig zu passiv innerhalb der Regierung gewirkt. Ich mache mir auch selbst den Vorwurf. Wir müssen uns für das in den vergangenen fünf Jahren geleistete nicht schämen. Wir hätten aber einiges besser nach außen vermitteln sollen.

Soll die DP künftig stärker auf ihr Programm als auf Persönlichkeiten setzen?

Beides ist wichtig. Man muss die Glaubwürdigkeit der Prinzipien mit der Glaubwürdigkeit der Politiker, die sie verkörpern, in Einklang bringen.

Werden Sie auf dem DP-Kongress am 9. Oktober für die Parteispitze kandidieren?

Ich sehe nichts, was mir verbietet, Kandidat zu sein.

Werden Sie sich für eine rot-blaue Koalition stark machen?

In Luxemburg ist es nicht üblich, dass die Parteien schon vor Wahlen Koalitionsaussagen machen. Es gibt nicht nur drei Parteien. Auch mit den Grünen sollte man rechnen.

Haben Sie denn keine Angst vor den Grünen mit ihrer wachsenden Wählerschaft aus der Mittelschicht?

Da muss man höllisch aufpassen. Die Grünen sind nicht mehr in einer ideologischen Ecke. Sie haben sich zu einer vernünftigen, koalitionsfähigen Kraft entwickelt.

Wenn Sie beim Kongress erfolglos bleiben - vorausgesetzt, sie kandidieren, treten Sie dann den Grünen bei?

(Goerens lacht.)

Interview: Raymond Klein und Stefan Kunzmann